Arbeitseinkommen und Altersversorgung

Neue Versorgungsrisiken privater Haushalte in Deutschland

Expertise im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Bund

Prof. Dr. Gerd Nollmann
Institut für Soziologie, Medien- und Kulturwissenschaften
KIT Karlsruher Institut für Technologie
Schlossbezirk 12, Gebäude 20.12, 76137 Karlsruhe
Tel.: 0721-608-0; -3388
Fax: 0721-608-8847,
gerd.nollmann@kit.edu
Privat: Klara-Siebert-Straße 21, 76137 Karlsruhe, 01520/1600757

14. Juni 2010

Inhalt

1. Zusammenfassung 3

2. Stand der Forschung 6
2.1 Von der Kuznets-Kurve zur großen Kehrtwende in der Verteilung von Einkommen 6
2.2 Dynamik von Armut 15
2.3 Drei Ursachen für mehr Armut trotz Erwerbstätigkeit 18
2.3.1 Von der Industrie- zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft 18
2.3.2 Der Trend zu mehr (Klein)Selbständigkeit 24
2.3.3 Der mikrostrukturelle Wandel der privaten Haushalte 25
2.4 Die Besonderheit der deutschen Situation 27

3. Ziele der weiteren Forschung 30
3.1 Ziele 30
3.2 Hypothesen 31

1. Zusammenfassung

Arbeitseinkommen stellen in Deutschland die Hauptquelle der zukünftigen Altersversorgung privater Haushalte dar. Die Rentenversicherung als größtes Einzelsystem sozialer Sicherung steht jedoch vor umfassenden Herausforderungen, die sich aus dem Wandel familialer Strukturen, dem demografischen Übergang, dem wirtschaftsstrukturellen Wandel und den veränderten Beschäftigungsstrukturen ergeben. Sinnvolle Reformen hängen zentral von der *integrierten* Einschätzung des Einflusses dieser verschiedenen Quellen des sozialen Wandels auf Arbeitseinkommen und Altersversorgung ab (Loose/Thiede 2006).

Die folgende Expertise betont – ohne die Bedeutung anderer Ursachen zu bezweifeln – zwei Aspekte: *erstens* die Veränderung der Arbeitseinkommen privater Haushalte und *zweitens* die wachsende Instabilität von Arbeitsmarktkarrieren. Beide Aspekte sind eng verbunden mit dem wirtschaftsstrukturellen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Zahlreiche jüngere Forschungen zu Einkommensungleichheit haben den technologischen Wandel und den Niedergang herkömmlicher Arbeitsmarktregulierung als Ursachen für die Öffnung der Einkommensschere in vielen OECD-Ländern hervorgehoben. Ein Ziel weiterer Forschung könnte darin bestehen, die Interaktion zweier Ursachen in den Mittelpunkt zu rücken: *erstens* langfristige Verschiebungen der relativen Wertschöpfungsfähigkeit innerhalb des Dienstleistungssektors und *zweitens* die erhöhte Korrelation von Ehegatteneinkommen. Inzwischen arbeiten in OECD-Ländern bis zu über 80% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. Einerseits gelten viele Dienstleistungstypen als kaum rationalisierungsfähig, so dass die für sie bezahlten Preise mit produktionsbezogenen Dienstleistungen nicht Schritt halten können. Andererseits weisen die Partner in privaten Haushalten häufiger als früher ähnliche Erwerbsprofile auf. „Gleich und gleich gesellt sich gern“ trifft nach der Bildungsexpansion auf private Haushalte in der Dienstleistungsgesellschaft häufiger zu als in der Industriegesellschaft der 1950er und 60er Jahre. Höher gebildete Männer und Frauen heiraten einander tendenziell häufiger. Gleiches gilt für weniger gebildete Partner. Damit wird es für Haushalte mit Verdienern in sozialen Dienstleistungen immer schwieriger, trotz Erwerbstätigkeit die steigende Armutsgrenze zu überwinden. Umgekehrt weisen Haushal-

te mit zwei Verdienern in den produktionsbezogenen Dienstleistungen oft relativen Einkommensreichtum auf. Vertiefende Studien könnten ggf. untersuchen, ob die *Verbindung* der Produktivitätsrückstände von Konsumentendienstleistungen mit der wachsenden Einkommenshomogamie die zentrale Ursache höherer Einkommensungleichheiten darstellt und damit auch die Relation von Arbeitseinkommen und Altersversorgung destabilisiert.

Etwaige, neue Risiken für Arbeitseinkommen und Altersversorgung privater Haushalte könnten allerdings noch tiefer reichen. Arbeitsmarktforscher berichten in jüngerer Zeit häufiger von einer wachsenden Instabilität von Arbeitsverhältnissen. Diese Instabilität bezieht sich nicht nur auf destandardisierte Arbeitszeiten und kürzere Verweildauern in Betrieben, sondern auch auf die wachsende Zahl der (Klein-)Selbständigen. Gerade letztgenannte Gruppe weist ein besonders hohes Versorgungsrisiko auf. Kleinselbständige ohne Versicherung in berufsständischen Versorgungswerken, Alterskassen oder einer Pflichtversicherung in der GRV bauen nicht automatisch eine entsprechende Anwartschaft auf eine Altersversorgung auf. Wenn Selbständigkeit ohne automatische Einbindung in eine Altersversorgung häufiger als früher ein nur vorübergehender Zustand ist und öfter zwischen Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gewechselt wird, entsteht eine weitere, inzwischen wohl ca. zwei Millionen Bürger umfassende soziale Gruppe, deren Altersvorsorge als besonders prekär zu betrachten ist, wenn ein systematischer Zusammenhang von Kleinselbständigkeit, Tertiärisierung und Homogamie nachgewiesen werden kann.

Mehrere Beobachtungen sprechen für ein Wachstum dieser Gruppe. Anders als früher haben mit der so genannten ICH-AG und dem Überbrückungsgeld nicht nur die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen die Tendenz zur Selbständigkeit unterstützt. Weitaus wichtiger ist allerdings der Zusammenhang von (Klein-)Selbständigkeit zum wirtschaftsstrukturellen Wandel. Eine der zahlreichen Ursachen für das kontinuierliche Wachstum des Dienstleistungssektors liegt in der rasant steigenden Auslagerung von (Dienstleistungs)Arbeit aus größeren Organisationen (Outsourcing, Outcontracting). Da seit den 1970er Jahren immer mehr Branchen in chronische Sättigungsstagnation geraten, liegt die Benutzung der Organisationsgrenzen als Ressourcengefälle nahe. Die Auslagerung führt *außerhalb* der Großunternehmen in den „neuen, ausgelagerten“ Kleinunternehmen bzw. bei Kleinselbständigen zu einer Senkung des Lohnniveaus und

instabilen Erwerbskarrieren. Der Boom der Zeitarbeitsbranche liegt u.a. in der wachsenden Nachfrage nach flexibler Dienstleistungsarbeit begründet. Zudem betrifft die Auslagerungswelle keinesfalls nur Tätigkeiten in Unternehmen. Vielmehr greift sie mit der Verschärfung der öffentlichen Finanzkrise seit den 1990er Jahren auf Verwaltungen, Bildung, Wissenschaft, Gesundheits- und Sozialorganisationen über. So betreuen etwa Sozialarbeiter heute ihre „Kunden“ häufiger als Selbständige und erhalten dafür eine Fallpauschale. Gleiches gilt insbesondere für den Pflegebereich. Dieser strukturelle Wandel des Arbeitsmarktes wäre in die Analyse von neuen Armutsrisiken zu integrieren.

2. Stand der Forschung

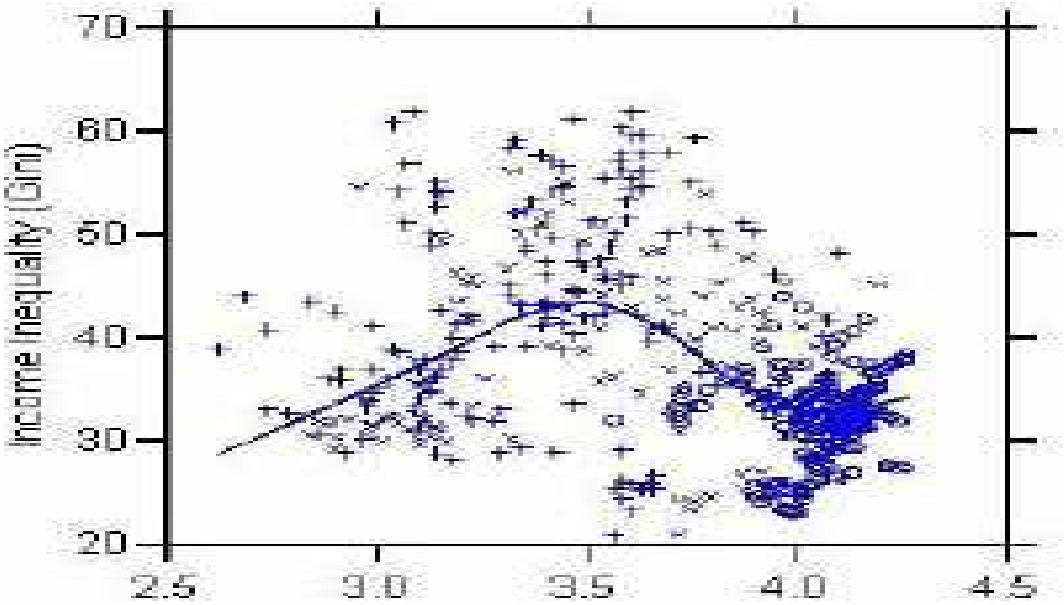
Auf den ersten Blick könnte es plausibel erscheinen, eine Untersuchung etwaiger neuer Risiken der Altersversorgung direkt mit der Diskussion deutscher institutioneller, rechtlicher, politischer und wirtschaftsstruktureller Begebenheiten zu beginnen und dann die verfügbaren Daten zu analysieren. Die große Gefahr eines solchen Vorgehens bestünde in einer zu eng ausgelegten Optik, die Ursachen neuer Risiken nicht erkennt, weil sie nicht die richtigen Fragen an die Daten stellt. So verwundert es nicht, dass manche Diskussion der Entwicklung von Einkommensungleichheit nach einer intensiven Analyse des sozio-ökonomischen Panels zu der Schlussfolgerung gelangt, dass keine wesentlichen Änderungen der Einkommensverteilung im Zeitablauf erkennbar seien (vgl. z.B. Sopp 2005).

Um die späteren Hypothesen angemessen vorzubereiten, knüpft die folgende Diskussion deshalb zunächst an die jüngere Forschung über Einkommensarmut an: einerseits an die international weit verzweigte, komparativ verfahrende Diskussion über Ursachen der „großen Kehrtwende“ in der Verteilung von Einkommen (2.1) und andererseits an die neuere, dynamische Armutsforschung (2.2). Erst auf dieser Basis ist es sinnvoll, die Ursachen niedriger Arbeitseinkommen in den Blick zu nehmen (2.3) und schließlich die institutionellen, rechtlichen, politischen und wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten Deutschlands in die Diskussion einzuführen (2.4).

2.1 Von der Kuznets-Kurve zur großen Kehrtwende in der Verteilung von Einkommen

Der Ausgangspunkt der empirischen Forschung zur Entwicklung von Einkommensungleichheit lag in den frühen Beobachtungen von Simon Kuznets (1955), denen zu Folge die Einkommensungleichheit in modernen Ländern zunächst umgekehrt u-förmig verläuft. Im Sektorenübergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft steigt nach Kuznets zunächst bis Ende des 19. Jahrhunderts die Ungleichheit an, stagniert auf einem Gipfel und sinkt dann (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Kuznets-Kurve

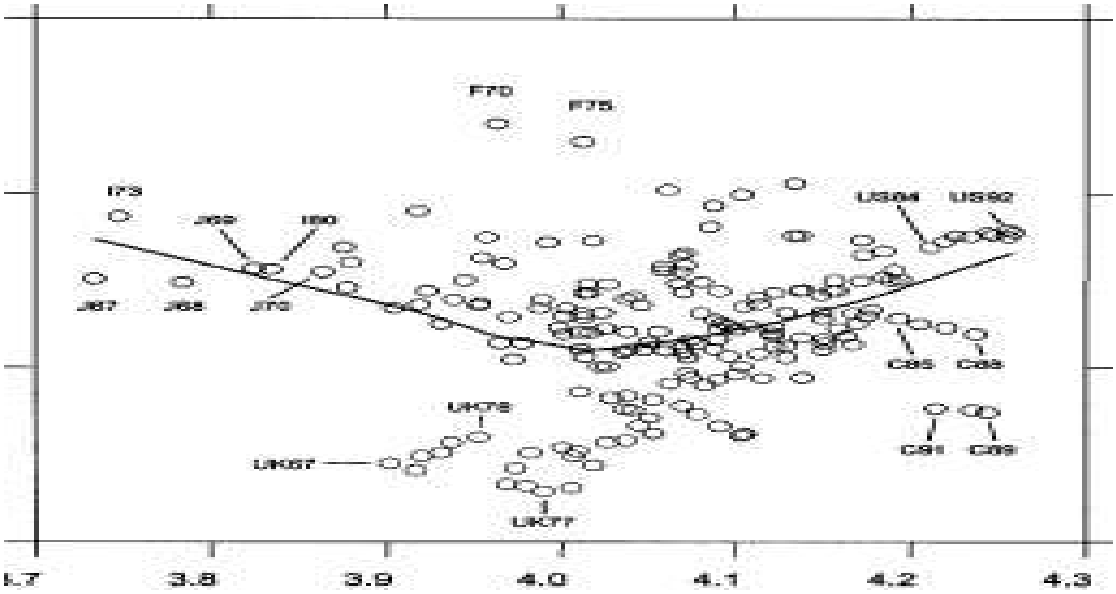


Quelle: Alderson/Nielsen 1999

Abbildung 1 zeigt einen nicht-parametrischen Regressionsplot für die Abhängigkeit der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizienten) vom Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (logarithmiert) und deckt in etwa die Entwicklung von 1850 bis Ende der 1960er Jahre ab. Der mit der Industrialisierung zunächst erfolgende Anstieg erklärt sich für Kuznets vor allem durch die intersektoralen Einkommensdifferenzen zwischen Agrar- und Industriebereich. Je mehr Menschen in die Industrie abwandern, desto größer wird die Ungleichheit der Einkommen, weil der schnellere Produktivitätsfortschritt in der Industrie höhere Einkommen ermöglicht, während der Agrarsektor zurückbleibt. Die im weiteren Verlauf im 20. Jahrhundert erfolgende Trendumkehr zu weniger Ungleichheit wird bestimmt von stärkeren Regulierungen, etwa Tarifverträgen, gewerkschaftlicher Organisation, der Dekommodifizierung von Arbeit und gesetzlichen Vorschriften, etwa zu Mindestlöhnen (vgl. Alderson/Nielsen 2002).

Allerdings haben in jüngerer Zeit zahlreiche Wissenschaftler eine von Harrison und Bluestone (1988) so getaufte „große Kehrtwende“ ausgemacht. Seit den 1970er Jahren hat sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung in einigen OECD-Ländern sichtbar erhöht (vgl. Abbildung 2).

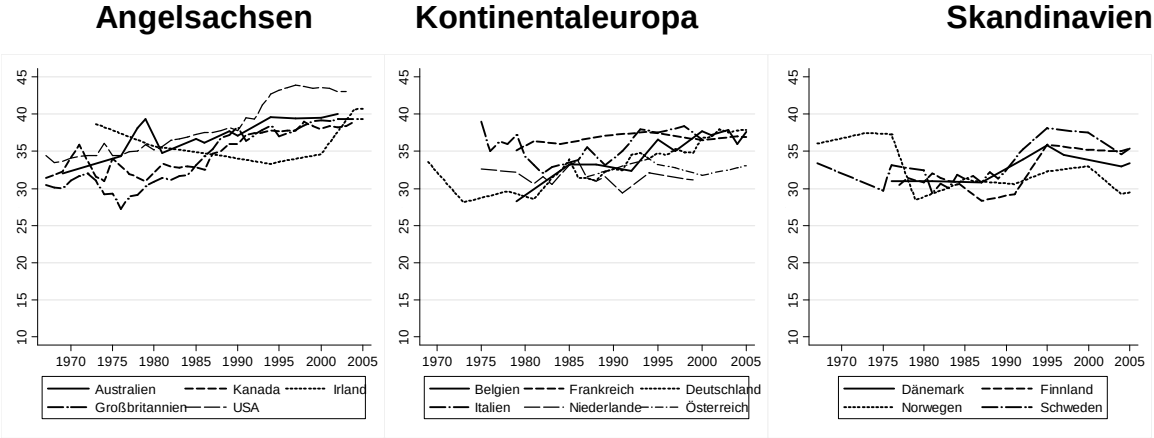
Abbildung 2: „Die große Kehrwende“



Quelle: Alderson/Nielsen 2002

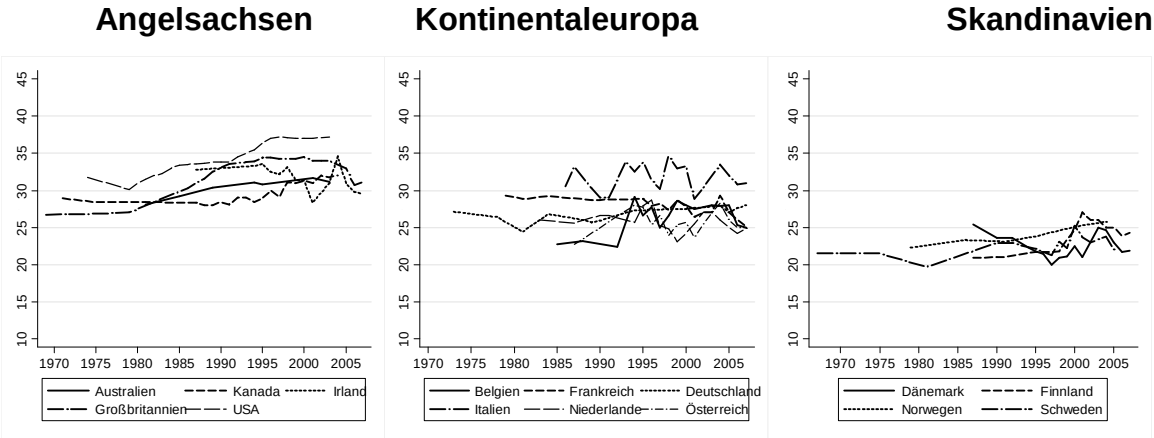
Abbildung 2 zeigt analog zu Abbildung 1 den Trend der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizienten) in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung und deckt die Entwicklung seit den 1960er Jahren ab. Deutlich sichtbar wird die Trendwende von sinkenden zu steigenden Ungleichheiten. Insbesondere die USA stachen dabei hervor, während einige, insbesondere kontinentaleuropäische Länder von dieser „Kehrtwende“ scheinbar bis heute kaum erfasst wurden. So weist etwa die *Luxembourg Income Study* (LIS 2010) für Deutschland, Österreich und Frankreich in allen berichteten Wellen immer noch weitgehend konstante Gini-Koeffizienten für die Ungleichheit der bedarfsgewichteten Haushalts*netto*einkommen und stabile Armutsquoten aus, so dass sich auf den ersten Blick eine Diskussion neuer Armutsrisiken in Deutschland nicht zwingend aufzudrängen scheint – ein Eindruck, der täuscht: Die Polarisierung der Haushaltseinkommen hat nämlich (gerade) in Deutschland bisher vor allem auf die Brutto- und kaum auf die Nettoebene durchgeschlagen (vgl. Abbildungen 3a und b). Im internationalen Vergleich fällt gerade Deutschland durch ausgeprägte Divergenzen zwischen Brutto- und Nettoebene auf.

Abbildung 3a: Ungleichheit (Gini-Koeffizienten) der bedarfsgewichteten Haushalts*bruttoeinkommen* in 15 OECD-Ländern 1967-2005



Quellen: Luxembourg Income Study; Alderson/Nielsen 2002; SOEP; SLID; BHPS; EU-SILC; CNEF

Abbildung 3b: Ungleichheit (Gini-Koeffizienten) der bedarfsgewichteten Haushalts*nettoeinkommen* in 15 OECD-Ländern 1967-2005



Quellen: s. Abbildung 3a

Gini-Koeffizienten für die Ungleichheit der Haushaltseinkommen stellen eine geeignete Annäherung an die Problematik von Arbeitseinkommen und Altersversorgung dar. Auf der Ebene der „Markteinkommen“ (Brutto) ist in den angelsächsischen Ländern schon seit den 1970er Jahren und – wenn auch weniger ausgeprägt – in Kontinentaleuropa und Skandinavien seit den 1990er Jahren ein Trend in Richtung mehr Ungleichheit erkennbar (Abbildung 3a). Gleichzeitig entwickeln sich die Trends für Brutto- und Nettoebene deutlich auseinander: Viele der betrachteten westlichen Wohlfahrtsstaaten sind – trotz des vielfach zu hörenden Ausrufs eines angeblichen Niedergangs des Sozialstaats

– nach wie vor willens und in der Lage, durch Umverteilungen die Ungleichheit der bedarfsgewichteten *Netto*einkommen der privaten Haushalte relativ konstant zu halten (Abbildung 3b; vgl. Kenworthy/Pontusson 2005). Genauere Analysen mit Hilfe der *Luxembourg Income Study* haben gezeigt, dass (auch und gerade in Deutschland) die Sozialversicherungen die längst erfolgte, erhebliche Aufspreizung der Bruttoeinkommen der privaten Haushalte durch verstärkte Umverteilungen abfangen mussten, während der Beitrag des Steuersystems zu Umverteilungen im Zeitablauf relativ konstant blieb (vgl. Mahler/Jesuit 2006).

Nichtsdestotrotz hat der als „große Kehrtwende“ in die Literatur eingegangene Trendwechsel erhebliche Aufmerksamkeit gefunden. Der Grund dafür liegt nicht nur in der auffälligen Umkehrung eines über mehrere Jahrzehnte stabilen Trends. Auch der politische Stellenwert eines scheinbar wieder „wilder“ und ungezügelt werdenden Kapitalismus, der sich egalisierenden Institutionen entzieht, ist enorm. Die jüngste Finanzkrise hat die öffentliche Aufmerksamkeit für die Trendwende noch einmal erhöht. Der befriedende Ausgleich durch den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit scheint durch die Globalisierung einseitig aufgekündigt worden zu sein. Insofern könnte die häufig vorgenommene Zurechnung der „großen Kehrtwende“ auf die **Globalisierung** Plausibilität beanspruchen.

Unabhängig von den zahlreichen Schuldzuschreibungen an einen sich globalisierenden Kapitalismus hat jedoch die empirische, international vergleichende Forschung ein weniger eindeutiges Bild von den tatsächlichen Ursachen gezeichnet. Die Beantwortung der Frage, ob die Ursachen für mehr Ungleichheit und damit auch mehr Armut und Versorgungsprobleme eher „extern“ in der Globalisierung oder aber eher „intern“ in hausgemachten, u.a. institutionellen Fragen zu finden sind, stellt für etwaige Reformen der Rentenversicherung die erste, zentrale Weichenstellung dar. Je nachdem, wo die Ursachen für neue Versorgungsprobleme identifiziert werden, wären gegenüber dem Gesetzgeber gänzlich unterschiedliche Empfehlungen auszusprechen. Insofern ist eine kurze Diskussion der unterschiedlichen Schlussfolgerungen der jüngeren Forschung geboten, um die weitere Analyse vorzubereiten.

Zwei herausragende Beispiele der neuesten Forschung veranschaulichen den Diskussionsstand. Es handelt sich

- *erstens* um die Untersuchung *Globalization and the Great U-Turn* im *American Journal of Sociology* von Arthur Alderson und Francois Nielsen (2002), die den Einfluss von Globalisierung auf Einkommensungleichheit betont und
- *zweitens* um die Studie *Egalitarian Capitalism* von Lane Kenworthy (2004), die *endogene* Veränderungen – also gewissermaßen „hausgemachte“ Probleme westlicher Länder – betont.

1) Alderson und Nielsen (2002) wollen nicht nur den Einfluss von Globalisierung auf die Verteilung von Einkommen aufzeigen. Vielmehr geht es ihnen explizit um das *relative* Gewicht exogener und endogener Faktoren. Sie betrachten dazu einen relativ langen Zeitraum (1967-1992) und untersuchen eine Zeitreihe mit 192 Beobachtungen von entwickelten OECD-Ländern. Indikatoren der Globalisierung sind direkte Investitionen multinationaler Unternehmen im Ausland, Exporte südlicher Länder in nördliche Länder und die Nettomigrationsrate eines Landes. Zu allen drei Größen lässt sich ein erhöhender Effekt auf Einkommensungleichheit begründen. Kapitalabflüsse dienen bei Lohnverhandlungen inzwischen als wirksames Drohmittel. Abwanderungen der Industrie und die folgende Erhöhung des Importdrucks aus südlichen Ländern Afrikas, Amerikas und Ostasiens benachteiligen gering qualifizierte Arbeiter überproportional, so dass sich diese zu Dumpingpreisen auf dem Arbeitsmarkt anbieten müssen. Schließlich scheint höhere Migration, insbesondere in den USA, mit einer stärkeren Polarisierung von Bildungsprofilen einherzugehen. Die amerikanische Bevölkerung ist in den letzten 35 Jahren von 200 auf über 300 Millionen gestiegen. Knapp die Hälfte des Anstiegs geht direkt auf Einwanderung zurück, der Rest auf Geburtenüberschüsse. Tatsächlich ist aber der Effekt der Einwanderung stärker, da die Geburtenrate bei Emigranten signifikant höher liegt.

Gleichzeitig führen Alderson und Nielsen schrittweise auch eher *endogene* Faktoren ein, die nationale Konstellationen repräsentieren und die sich in der Diskussion über Einkommensungleichheit bereits bewährt haben. Diese sind mit folgenden Annahmen verbunden:

1) Ein höherer Prozentsatz der Arbeitskräfte im Agrarbereich mindert Ungleichheit, weil die Bezahlung innerhalb des Sektors wenig Streuung aufweist.

2) Der so genannte Sektordualismus ist eine Funktion der durchschnittlichen Einkommens*differenz zwischen* dem traditionalen Agrarsektor und dem modernen Industrie-

sektor (Kuznets 1955). Er vergleicht den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, der im Agrarsektor entsteht, mit dem Anteil der Erwerbsbevölkerung, der dazu erforderlich ist. Die Differenz dieser beiden Anteile bildet die unabhängige Variable. Sie repräsentiert den Anteil an Einkommensungleichheit, der auf Sektorenunterschiede zurückzuführen ist.

3) Ein höheres Bevölkerungswachstum steigert das Arbeitskräfteangebot in einem Land, so dass die Spreizung von Löhnen zunimmt.

4) Eine höhere weibliche Erwerbstätigkeit könnte Ungleichheit angesichts ihrer unterdurchschnittlichen Löhne erhöhen.

5) Ein hoher Prozentsatz der Arbeitskräfte in der Industrie reduziert Einkommensungleichheit, weil Löhne dort immer noch relativ stark reguliert sind.

6) Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad senkt Einkommensungleichheit.

7) Höhere Teilnahmeraten an weiterführender Bildung senken Ungleichheit, weil Arbeitnehmer mit höherem Bildungsgrad höhere Löhne auf dem Arbeitsmarkt erzielen können.

8) Die Dekommodifizierung von Arbeitskraft senkt die Lohnspreizung. Gleiches gilt für die Institutionalisierung von Tarifregeln (*wage-setting coordination*).

Alderson und Nielsen (2002: 1284ff.) gelangen zu dem Ergebnis, dass nationale *Niveau*unterschiede der Einkommensverteilung durchaus *auch* von den endogenen Variablen und insbesondere vom Anteil der Arbeitskräfte im Agrarsektor erklärt würden. *Langfristig* sehen sie jedoch die Globalisierung als entscheidend an, denn, so die Begründung, das Produkt der *un*standardisierten Koeffizienten mit der durchschnittlichen Schwankungsbreite der Globalisierungsvariablen sei höher als jenes der anderen unabhängigen Variablen. Damit soll belegt werden, dass sich die Globalisierungsmerkmale im Zeitablauf am meisten verändert hätten. Da die gesamte Entwicklung in die Richtung von mehr Ungleichheit und mehr Globalisierung zeige, hätten auch die unabhängigen Variablen mit den größten Schwankungsbreiten wahrscheinlich den stärksten Trendeffekt.

Die Studie von Alderson und Nielsen gilt auch unter Wirtschaftswissenschaftlern als „state of the art“ (Atkinson/Brandolini 2004: 4). Sie ist gleichwohl auf einigen Widerspruch getroffen. Insbesondere Kenworthy (2004) bietet – ohne sich ausdrücklich gegen Alderson und Nielsen zu wenden - eine konkurrierende Sichtweise, die für For-

schungen über Arbeitseinkommen und Altersversorgung von hohem Nutzen ist. Kenworthy vermutet die entscheidenden Triebkräfte des Wandels auf nationaler Ebene in den Brutto*haushalts*einkommen, den *individuellen* Markteinkommen und in der Beschäftigungsrate eines Landes. Dabei vergleicht er allein den *Wandel* von Einkommensungleichheit in OECD-Staaten zwischen den 80er und 90er Jahren. Die Variablen werden als Differenz von nur zwei Querschnittsbetrachtungen gemessen. Kenworthy rückt auf diese Weise endogene Faktoren in den Vordergrund:

- die Veränderung der Beschäftigungsrate durch unterschiedliche Beschäftigungsstrategien, insbesondere eine mehr oder minder aktivierende Arbeitsmarktpolitik und die Steigerung von Frauenerwerbstätigkeit, die sich in vielen OECD-Ländern beobachten lässt,
- die Veränderung der Zahl der Haushalte mit nur einem Verdiener, bedingt durch den Trend zu Singlehaushalten und mehr Scheidungen,
- die Erhöhung der Korrelation der Ehepartnereinkommen und
- schließlich die Veränderung der Ungleichheit der *individuellen Markt*einkommen.

Regressionen auf *Veränderungen* von Größen in den 80ern und 90ern erklären einen großen Teil der Variation *von Änderungen* der Einkommensverteilung. Gleichzeitig erklären nicht die gespreizten Markteinkommen, sondern vor allem die nationalen Beschäftigungs*raten* die Entwicklungen. Dazu tragen insbesondere Schweden, Finnland und die Niederlande bei. In den nordischen Ländern geht Anfang der 90er Jahre ein dramatischer Beschäftigungseinbruch mit höherer Ungleichheit der Haushaltseinkommen einher. In den Niederlanden findet eine spiegelbildliche Entwicklung statt (vgl. dazu Visser 2002).

In Kenworthys Modell scheint vor allem die Entwicklung der individuellen Markteinkommen den Einfluss von Globalisierung widerzuspiegeln, während drei weitere Variablen eher auf *nationale* Konstellationen verweisen. Tatsächlich hat aber die Einführung der individuellen Markteinkommen eine weiter reichende – später insbesondere für den Fall Deutschland besonders wichtige – theoretische und empirische Bedeutung für die Darstellung des gesamten kausalen Zusammenhangs. Kenworthys Vorgehen lässt sich auffassen als Unterscheidung eines *Niveauarguments* von einem *Volumenargument* bei der Erklärung von Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene. Auf der einen Seite liegt die Annahme nahe, dass eine höhere Ungleichheit der Markteinkommen auch eine

Erhöhung der Haushaltsungleichheit mit sich bringt. Auf der anderen Seite tragen gerade in der jüngeren Vergangenheit immer mehr Frauen zum Haushaltseinkommen bei. Deshalb wird die Ungleichheit der Haushaltseinkommen immer mehr vom Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit mitbestimmt. Alderson und Nielsen haben diese Variable so interpretiert, dass sie die Ungleichheit der Haushaltseinkommen aufgrund der geringeren Markteinkommen von Frauen erhöhe. Gleichwohl könnte eine höhere weibliche Erwerbstätigkeit auch eine Senkung der Ungleichheit auf Haushaltsebene bewirken, denn jeder Haushalt, der einen zusätzlichen Verdiener erhält, wird auf der dem Gini-Koeffizienten zugrunde liegenden Lorenz-Kurve so verschoben, dass die resultierende Ungleichheit sinkt. Diesen Effekt erfassen Modelle allerdings nur dann, wenn *sowohl* der ökonomische *als auch* der demographische Wandel berücksichtigt werden. Erfolgt diese Kontrolle nicht, sieht es – wie bei Alderson und Nielsen – so aus, als ob im Zeitablauf höhere Frauenerwerbsquoten mit höheren Ungleichheiten der Haushaltseinkommen systematisch variieren.

Schon diese kurze Diskussion konkurrierender Erklärungen der „großen Kehrtwende“ erlaubt die Formulierung wichtiger Fragen, die bei der Prüfung des Zusammenhangs von Arbeitseinkommen und Altersversorgung zu beantworten sind. Entwickeln sich Ungleichheiten der Arbeitseinkommen auf Personen- und auf Haushaltsebene auseinander? Falls ja: Mit welchen anderen sozialstrukturellen Trends korrelieren diese Entwicklungen? Hängen sie stärker mit institutionellen Merkmalen eines Landes oder aber mit Globalisierungsmerkmalen wie die Handelsoffenheit, Direktinvestitionen und Migration zusammen?

Eine vertiefende Forschung könnte zunächst mit Kenworthy (2004, 2008) die Arbeitshypothese verfolgen, dass die entscheidenden Ursachen für die jüngeren Änderungen von Einkommensverteilungen eher im Bereich *endogener* Prozesse zu suchen sind, insbesondere in einer steigenden Bildungs- und Einkommenshomogamie (Western et al. 2008) und in **langfristigen Verschiebungen von Produktivitätsniveaus innerhalb des Dienstleistungssektors** (Nollmann 2006, 2009). Die Prüfung der in der jüngeren Forschung diskutierten Theorien mit Individualdaten im Längsschnittdatendesign erlaubt darüber hinaus eine Verbindung der Analyse zur neueren, dynamischen Armutsforschung, wie im Abschnitt 2.2 dargelegt wird. Erst die sukzessive herauszuarbeitenden Determinanten der Einkommensarmut privater

Haushalte verdeutlichen, ob und, wenn ja, **inwieweit auch Deutschland – bezüglich zentraler sozialstruktureller Modernisierungsprozesse (Bildungsexpansion, Frauenerwerbstätigkeit und Tertiärisierung) eigentlich ein „Nachzügler“ in der westlichen Welt – von Polarisierungen der Arbeitseinkommen privater Haushalte bereits erfasst wird.**

2.2 Dynamik von Armut

Die im vorhergehenden Abschnitt diskutierte Forschung besticht durch den internationalen Vergleich *struktureller* Determinanten der Einkommensverteilung. Sie bietet eine theoretisch wertvolle Anleitung für die empirische Erforschung der Determinanten der Arbeitseinkommen privater Haushalte und verdeutlicht – unter Berücksichtigung nationaler, insbesondere institutioneller Besonderheiten – die Ähnlichkeit der Probleme, denen sich nationale Systeme der sozialen Sicherung in westlichen Ländern zu stellen haben. Ihr zentraler Mangel liegt gleichwohl

- *erstens* in der fehlenden Berücksichtigung der *Dynamik* von Arbeitseinkommen privater Haushalte, die erst auf der Mikroebene sichtbar wird, und
- *zweitens* in der Besonderheit der deutschen Situation, die sowohl aus der Wiedervereinigung als auch aus Deutschlands „konservativem“ Geschlechterregime resultiert.

Der folgende Abschnitt diskutiert zunächst die Dynamik von Armut und ihre Determinanten, während die Besonderheiten der deutschen Situation im Abschnitt 2.4 angesprochen werden.

Der *Zeitbezug* der Arbeitseinkommen privater Haushalte spielt für die soziale Sicherung eine zentrale Rolle, weil die Dauer von Armutsepisoden starke Implikationen für die Gestaltung von Sicherungssystemen hat. Ist Armut trotz Arbeit eine Durchlaufstation, von der vergleichsweise viele Haushalte nur vorübergehend und langfristig betrachtet relativ selten betroffen sind, oder zeichnet sich eine sozialstrukturelle Verfestigung der *working poor* mit langfristigen Konsequenzen für die Altersversorgung ab? Selbst wenn eine recht große Zahl privater Haushalte über einen Zeitraum von etwa 30-45 Jahren, in denen eine Anwartschaft aufgebaut wird, einige vorübergehende Armutsepisoden aufweist, resultiert daraus für die Rentenversicherung kein zukünftiges Versorgungs-

risiko und damit auch kein Reformbedarf. Es geht folglich um die Quantifikation etwaiger Folgen eines an sich dynamischen Geschehens.

Insofern überrascht nicht, dass die Relation von Struktur und Dynamik niedriger Arbeitseinkommen in der Forschung äußerst kontrovers diskutiert wird. Auf der einen Seite hat die *dynamische Armutsforschung* die in der medizinischen Forschung entwickelten Übergangsratenmodelle in die Forschung integriert und dabei überzeugend belegt, dass Armut trotz Erwerbstätigkeit häufig nur eine vorübergehende Episode im Lebenslauf darstelle und von einem großen Teil der Betroffenen aktiv bewältigt werde (Buhr 1995, Leisering/Leibfried 1998). Wenn sich darüber hinaus im Zeitablauf in Deutschland (laut LIS 2010) immer wieder 6-8% der Bevölkerung unterhalb der Grenze von 50 Prozent des Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen befinden, dürfe daraus nicht – so die dynamische Armutsforschung – die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein entsprechender Teil der Bevölkerung *dauerhaft* arm sei. Querschnittsuntersuchungen verleiten dazu, Armut trotz Erwerbstätigkeit als stabiler und längerfristiger anzusehen als sie auf der Mikroebene tatsächlich ist.

Diese Dynamik niedriger Arbeitseinkommen wird von den Daten des SOEP eindrucksvoll bestätigt. So lagen in Deutschland die Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte, die zwischen 1984 und 2005 eine oder zwei Armutsepisoden trotz Erwerbstätigkeit erlebten, vorher und später bei bis zu 168.000 Euro und unter den Haushalten mit insgesamt drei Armutsepisoden bis zu etwa 100.000 Euro. Auch gut bis sehr gut verdienende, erwerbstätige Haushalte erleben also durchaus einzelne Armutsepisoden und verlassen diese schnell und erfolgreich (vgl. Nollmann 2009).

Gleichwohl ist die dynamische Armutsforschung auf heftigen Widerspruch getroffen. So wird auf der anderen Seite die verfestigte Konzentration von Armutsrisiken auf sozialstrukturell schwache Gruppe wie Alleinerziehende, untere Klassen und Einwanderer betont (Jenkins/Rigg 2001, Groh-Samberg 2004). Die in der dynamischen Armutsforschung herausgearbeitete, zeitliche Differenzierung von Armutsepisoden dürfe, so wird argumentiert, diese Verfestigung nicht aus dem Blick verlieren.

In dieser Diskussion wird die Notwendigkeit betont, die Ursachen von verfestigter Armut genauer in den Blick zu nehmen, damit zumindest begründete Vermutungen über die zu erwartende Entwicklung möglich werden (Andreß/Seeck 2007, Andreß/Lohmann 2008, Lohmann 2007). Weitere Forschung könnte sich deshalb auf Haushalte konzentrieren,

die trotz einer mehr oder minder starken Einbindung in den Arbeitsmarkt (auch in Teilzeit) nicht über 50% des Median der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen gelangen, und dann **eine präzise Modellierung der *Rate* anstreben, mit der solche Haushalte im Zeitablauf mehr oder minder häufig trotz Erwerbstätigkeit unter diese Grenze fallen**.

Für die Altersversorgung ist diese zeitbezogene Modellierung von entscheidender Bedeutung. Dass Haushalte mit (häufigen) Episoden der *Arbeitslosigkeit* keine Rentenanwartschaft aufbauen, die sie später über eine alternative Grundversorgung hinaus trägt, wird ohne weiteres einleuchten. Aber die ernsten gesellschaftspolitischen Implikationen von Arbeitslosigkeit stellen (zumindest gemäß den bisher mit der DRV geführten Gesprächen) nicht den primären Gegenstand dieser Expertise dar. Die weiteren Überlegungen konzentrieren sich vielmehr auf Determinanten der Arbeitseinkommen privater Haushalte. Sollte sich nämlich zeigen, dass ein wachsender Teil der *erwerbstätigen* Haushalte **schon während der Erwerbstätigkeit** die Armutsgrenze nicht mehr erreicht oder überschreiten kann und sich dieser Trend eher verfestigt, ergäben sich ernsthafte Implikationen für die aus Arbeitseinkommen wachsenden Anwartschaften auf die Altersversorgung. Genauer gesagt ist es weniger der Trend zu mehr *working poor*-Haushalten *per se*, der Folgen für die Rentenversicherung hat – es könnte sich dabei um ein vorübergehendes, etwa konjunkturelles Phänomen handeln, das möglicherweise in absehbarer Zeit wieder verschwindet. Entscheidende Bedeutung haben vielmehr die ***Determinanten*** dieser Entwicklung im Zeitablauf. ***Welche Variablen variieren systematisch mit der Rate der Armutsepisoden armer, erwerbstätiger Haushalte?*** Ist es möglich, diese Rate präzise statistisch vorherzusagen? Auf welche gesellschafts- und wirtschaftsstrukturellen Änderungen verweisen die Determinanten? Welche theoretisch und empirisch begründeten Vermutungen können über die damit zu erwartenden, zukünftigen Entwicklungen aufgestellt werden? Wie können welche Politikfelder auf diese Entwicklung einwirken? Welche Lehren können aus der oben diskutierten, international vergleichenden Forschung für Deutschland gezogen werden?

2.3 Drei Ursachen für mehr Armut trotz Erwerbstätigkeit

Die **zentrale Forschungsfrage** dieser Expertise lautet, ob *auch aus der Perspektive der dynamischen Armutsforschung* die Annahme einer für die Altersversorgung problematischen **Verfestigung** von Armut trotz Erwerbstätigkeit begründet werden kann. Dazu werden Armuts- und Versorgungsrisiken als Folge sowohl des makrostrukturellen Wandels von der Industrie- zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft (2.3.1), des Trends zu mehr (Klein)Selbständigkeit (2.3.2) sowie des mikrostrukturellen Wandels der privaten Haushalte aufgefasst (2.3.3).[1]

2.3.1 Von der Industrie- zur postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft

In allen modernen Ländern führt der kontinuierliche Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu neuen Herausforderungen. In Deutschland arbeiten über 70%, in den USA bereits über 80% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. Dieser Anteil steigt kontinuierlich. Vieles spricht für einen zukünftigen, weiteren Anstieg. Für die soziale Sicherung ist allerdings die Erkenntnis von zentraler Bedeutung, dass die Verteilung der Arbeitseinkommen in der *Dienstleistungs*gesellschaft aus mindestens zwei Gründen anderen Regeln folgt als noch vor Jahrzehnten, als OECD-Länder noch mit einigem Recht als *Industrie*gesellschaften bezeichnet werden konnten.

Der erste Grund betrifft die Spaltung des Dienstleistungssektors. Auf der einen Seite boomen Finanzdienstleister im weitesten Sinne auf Grund des insgesamt steigenden Wohlstands und Business-Dienstleister, weil sie Unternehmen und inzwischen auch Verwaltungen durch Technologie fit und schlank für den Wettbewerb machen. Parallel zum immer weiter wachsenden Produktivitätsrückstand der sozialen, personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen stieg der Beschäftigungsanteil in den besonders wertschöpfungs*starken* finanz-, versicherungs- und produktionsbezogenen Dienstleistungen in Deutschland von 6 auf 16, in den USA von 9 auf 18 Prozent.

---

[1] Die weiteren Überlegungen möchten die Armutsfrage allein aus der Perspektive der *Einkommens*verteilung bearbeiten. Zwei wichtige Gründe sprechen für dieses Vorgehen: Einerseits sind Einkommen nach wie vor die mit Abstand wichtigste Quelle der sozialen Sicherung. Andererseits liegen für Einkommen umfassende Datenbestände über einen vergleichsweise langen Zeitraum vor, so dass Kausalerklärungen am ehestens gelingen werden. Dass gleichzeitig die Bedeutung von *Vermögen* für Armuts- und Versorgungsfragen immer weiter ansteigt, wird nicht bestritten, sondern betont. Vgl. Szydlik/Schupp (2004). Armut wird im Weiteren allein durch das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen definiert. Diese Definition ist bekanntermaßen einseitig und wird im Weiteren nur akzeptiert, um das *working poor* Risiko auf der Basis eines relativ langen Zeitraums auf seine Determinanten untersuchen zu können. Aussagen über die Angemessenheit von Armutsbegriffen werden deshalb ausdrücklich nicht angestrebt. Vgl. zur Diskussion über (multidimensionale) Armutsindikatoren Andreß et al. (1999: 71ff.), Ludwig-Mayerhofer/Barlösius (2002: 20ff.)

Die Gründe für wachsende Produktivitätsvorsprünge dieser Sektoren sind vielfältig. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bewegen sich – selbst wenn die aktuelle Finanzmarktkrise den irreführenden Eindruck wenig regulierter Spielparadiese erweckt – in vergleichsweise hoch regulierten Märkten mit hohen Eintrittsbarrieren und überdurchschnittlichen Einkommenschancen. Gleichzeitig haben sie vom gestiegenen Wohlstand insofern profitiert, als ein historisch einzigartig hoher Anteil der Bevölkerung die Möglichkeit zur Anlage ersparten Geldes gewonnen hat. Selbst wenn es in Gefolge der jüngsten Krise zu stärkeren Beschneidungen dieses Feldes kommen *sollte*, bleiben die Sektoren für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bezüglich der Arbeitseinkommen privater Haushalte ein Feld, das anderen Sektoren weit enteilt ist.

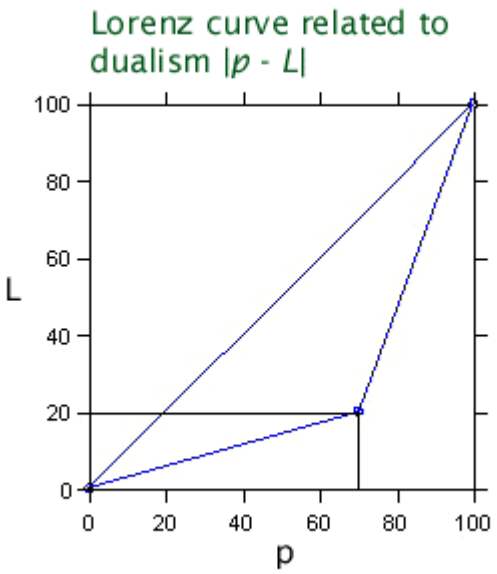
Die produktionsbezogenen Dienstleistungen boomen angesichts eines in den letzten Jahrzehnten stark gestiegenen Wunsches nach *Outsourcing*, insbesondere der Industrie (Castells 2000). Dort, wo sich diese Entwicklung mit hohem Expertenwissen und geringem Substitutionswettbewerb paart – insbesondere in der Datenverarbeitung und der Entwicklung von Unternehmenssoftware wie z.B. SAP –, entstehen hohe Einkommenschancen, welche das übrige Feld hinter sich lassen *und die Armutsgrenze indirekt nach oben schrauben*.

Auf der anderen Seite steht die schnell wachsende Menge an sozialen Dienstleistern, die nicht von den technologischen Revolutionen der letzten Jahrzehnte profitiert, für deren Arbeit die Konsumenten aber nur wenig zu zahlen bereit sind – ein Problem, das schon Daniel Bell (1973) und William Baumol (1967) klar benannt haben, als sie das Kommen der nachindustriellen Gesellschaft verkündeten. Um ein Streichquartett von Beethoven zu spielen, so damals das Argument von Baumol, würden heute noch genau so viele Künstler gebraucht wie im 19. Jahrhundert, so dass die Produktivität dieser Leistung nicht gestiegen sei. Das Dilemma entsteht daraus, dass deren Entlohnung mit der allgemeinen Entwicklung der Einkommen mithalten müsste, um die Qualität der Dienstleistung aufrechtzuerhalten. So sei es etwa kaum möglich, die Anzahl von Lehrern, Künstlern, Reinigungskräften oder Pflegern zu verringern, ohne eine sinkende Qualität der Leistung hinnehmen zu müssen. *De facto* weitet sich jedoch der Abstand zwischen Konsumentendienstleistungen einerseits und produktionsbezogenen Diensten andererseits immer weiter aus (Nollmann 2006, 2009).

Angesichts einer bereits seit Jahrzehnten laufenden Diskussion über den Wandel von Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaften stellt die Konstatierung eines Produktivitätsgefälles zwischen produktionsbezogenen Dienstleistungen und Konsumentendienstleistungen keine Neuigkeit dar. Der von dieser Expertise und vertiefender Forschung zu leistende Mehrwert liegt dann auch keinesfalls in der Wiederholung dieses bekannten Sachverhalts, sondern vielmehr im Versuch, **Armutsrisiken auf Individual- bzw. Haushaltsebene (Mikro) mit Hilfe von Daten über makroökonomische Produktivitätsverschiebungen vorherzusagen bzw. statistisch zu erklären**.

Zur Verdeutlichung dieses Ziels ist es hilfreich, sich die durch das bereits anfangs diskutierte Sektortheorem von Kuznets (1955) bereitgestellten Informationen zu vergegenwärtigen. Kuznets diskutiert Einkommensungleichheit (aufgrund mangelnder empirischer Erhebungen weitgehend spekulativ) vor dem Hintergrund sektoraler Verschiebungen von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Angesichts der seitdem erfolgten, weitreichenden Verlagerung von Wertschöpfung in den Dienstleistungssektor gilt es heute allerdings eher, im Sinne von Kuznets Dualismen zwischen Dienstleistungstätigkeiten zu betrachten. Entscheidende Bedeutung für die Erklärung von Armutsrisiken hat dabei die *relative* Stärke dieser Dualismen. Wie ausgeprägt der Dualismus zwischen den Sektoren tatsächlich ist und wie er sich über die Zeit hinweg entwickelt, kann empirisch relativ einfach durch eine Lorenzkurve erfasst werden (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Lorenzkurve und Sektordualismus



Quelle: Arthur Alderson; P=Anteil der Beschäftigten im Sektor an der gesamten Beschäftigung im Land; L=Anteil der Wertschöpfung im Sektor am BIP

Der Sektordualismus stellt eine Sonderform des Gini-Koeffizienten dar. Er bietet ein Verteilungsmaß für eine zu Analysezwecken unterstellte Aufteilung der gesamten Wertschöpfung (als Quelle von Arbeitseinkommen) zwischen *zwei* „Haushalten", in diesem Fall Sektoren (Alderson/Nielsen 2002: 1265). Auf der X-Achse wird der Anteil der Beschäftigten im betrachteten Sektor, auf der Y-Achse dessen Wertschöpfungsanteil eingetragen. Liegen beide Anteile gleich hoch, entspricht der Sektordualismus einem Wert von 0 und drückt aus, dass die Wertschöpfung je Beschäftigtem im Sektor dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

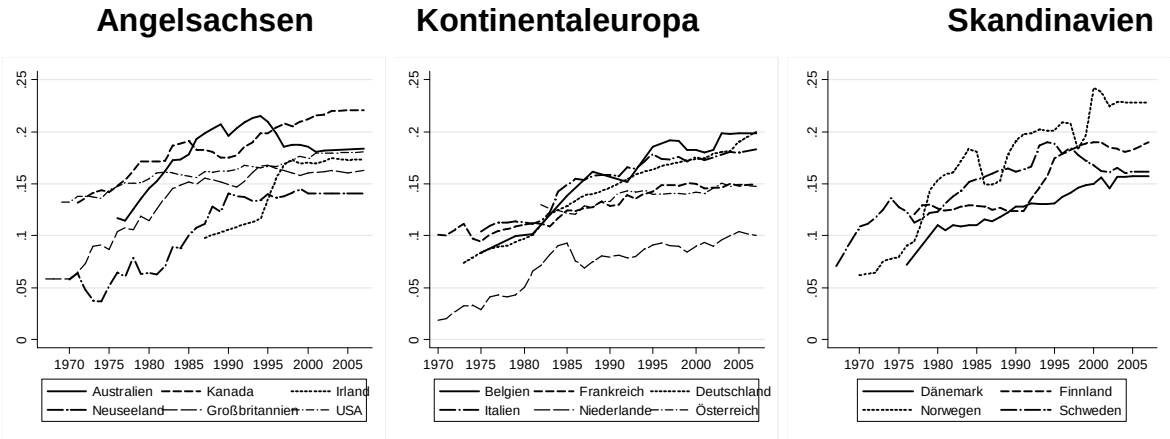
Auch wenn die Ungleichheit zwischen zwei Sektoren in der o. g. Formel | p - l | *als Betrag* ausgedrückt wird, hat das tatsächliche Vorzeichen eine wesentliche inhaltliche Bedeutung für die Vorhersage von Armutsrisiken auf Haushaltsebene: Eine **positive** Differenz deutet darauf hin, dass die Wertschöpfung je Erwerbstätigem im Sektor **unterdurchschnittlich** ist. Dort werden nämlich relativ viele Beschäftigte benötigt, um eine durchschnittliche Menge an Sozialprodukt zu erzeugen. **Negative** Differenzen zeigen demgegenüber, dass ein Sektor relativ mehr Wertschöpfung je Arbeitseinheit und damit für die Beschäftigten letztlich wahrscheinlich auch **höhere** Einkommenschancen erreicht. Der Sektordualismus ist damit kein direktes Maß von Arbeitsproduktivität, die

bekanntlich als *Quotient* aus Wertschöpfung je Zeiteinheit ermittelt wird. Der Sektordualismus betrachtet vielmehr die *relative* Wertschöpfung je Beschäftigtem in einem Sektor *in Relation* zum volkswirtschaftlichen Durchschnitt der Wertschöpfung je Beschäftigtem. Für die Erklärung von Armutsrisiken *muss* dieses Maß als erklärende Variable gewählt werden, **denn auch Armut beruht nach den gängigen Definitionen auf einem *relativen* Vergleich von Einkommen mit gesellschaftlichen Durchschnitten o.ä.** Analog gilt: Welche Haushalte später zum Gegenstand von Grundsicherungsmaßnahmen werden (müssen), erklärt sich aus ihrem *relativen* Abstand zu den dann etablierten Einkommensniveaus.

Probeauswertungen haben gezeigt, dass sich der Sektordualismus für soziale Konsumentendienstleistungen, also für den Groß- und Einzelhandel, Restaurants, Hotels, die öffentliche Verwaltung, die Sozialversicherungen, Bildung, Gesundheit, soziale Arbeit und Beschäftigte in privaten Haushalten seit 1970 in vielen OECD-Ländern kontinuierlich vom volkswirtschaftlichen Durchschnitt entfernt hat. Diese Parallelität spricht für eine übergreifende, strukturelle Entwicklung, die *bezüglich der Trendrichtung* von nationalen institutionellen Gegebenheiten weitgehend unabhängig ist und allenfalls gewisse, möglicherweise institutionell bedingte Unterschiede *im Niveau* aufweist (Nollmann 2006, 2009, vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5

Sektordualismus soziale Dienstleistungen (ISIC 50-55 und 75-99)



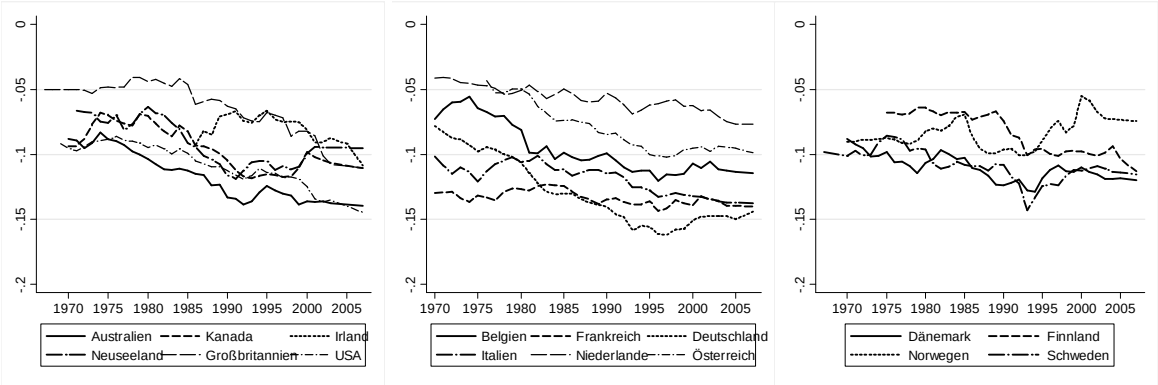
((Anteil Erwerbsbevölkerung (ISIC50-55)+(75-99)/gesamte Erwerbsbevölkerung)-(Anteil BIP (ISIC50-55/75-99)/gesamtes BIP)); Quellen: OECD STAN, Eurostat, EU-KLEMS; BFS; Sektoren: Groß-, Einzelhandel, Restaurants, Hotels, öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen, Bildung, Gesundheit, soziale Arbeit, Beschäftigte in privaten Haushalten (ca. 50% aller Erwerbstätigen)

Da in diesen Sektoren heute etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen beschäftigt wird, hat diese Entwicklung mit großer Wahrscheinlichkeit gravierende Konsequenzen für die Arbeitseinkommen privater Haushalte. Die über die gesamte OECD hinweg relativ homogene Entwicklung weist allenfalls gewisse zeitlich auffällige Niveauunterschiede zwischen den Ländern auf: Der Wertschöpfungsrückstand steigt durchgängig mit der relativen Größe des Sektors an (r=.72).

Das Gegenteil trifft auf den Subsektor für produktionsorientierte Dienstleistungen, das Kreditgewerbe, Versicherungen, Immobilien, Vermietung, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung zu. Dieser Sektor ist nicht nur dynamisch gewachsen, sondern konnte auch klare *Produktivitätsvorsprünge* erzielen. Insofern haben sich *sowohl* Daniel Bells *als auch* William Baumols Prognosen bestätigt (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Sektordualismus Finanz- und Businessdienstleistungen (ISIC 65-74)

Angelsachsen **Kontinentaleuropa** **Skandinavien**



((Anteil Erwerbsbevölkerung (ISIC65-74)/Gesamte Erwerbsbevölkerung) - (Anteil BIP (ISIC65-74)/gesamtes BIP)); Quellen: OECD STAN, Eurostat, BFS; produktionsorientierte Dienstleistungen, Kreditgewerbe, Versicherungen, Immobilien, Vermietung, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung (ca. 17% der Erwerbstätigen);

Für die Arbeitseinkommen privater Haushalte stellt das durch den Sektordualismus gemessene Wertschöpfungsgefälle eine möglicherweise immer wichtiger werdende Randbedingung dar. Als Kollektivmerkmal repräsentiert der Sektordualismus divergierende Marktpositionen unterschiedlicher Arten von Dienstleistungsarbeit, die den Arbeitseinkommen privater Haushalte einen Rahmen vorgeben. Die Subsektoren des Dienstleistungsbereichs variieren erheblich in ihrer Fähigkeit, auf Märkten Preise für Dienstleistungen durchzusetzen. Im Handel lautet das Motto etwa: „Saubillig – und noch viel mehr, würde ich bekommen, wenn ich Kunde von Mediamarkt wär“. Demgegenüber

kann ein Businessdienstleister hohe Preise durchsetzen. Ein Vertriebsleiter von SAP spricht deshalb auch anders mit seinem Kunden als jener von Mediamarkt oder Aldi. Wer schließlich seine Arbeit individuell einem privaten Haushalt als Hilfskraft verkauft, muss bisher anscheinend nehmen, was geboten wird. Da seit 1970 in allen Organisationen und privaten Haushalten angesichts niedriger Wachstumsraten das Kostenbewusstsein erheblich gestiegen ist, werden Machtunterschiede im Verhältnis von Anbietern und Abnehmern zwangsläufig betont und führen zu divergierenden Preisentwicklungen, die sich im Sektordualismus reflektieren. Reich (1992) hat diese Entwicklung zugespitzt als neuen Klassenkampf zwischen Symbolanalytikern, Routinedienstleistern und personenbezogenen Dienstleistungsarbeitern. Allerdings spricht einiges dafür, dass es nicht nur um einen Klassenkampf im auf Klassenschemata bezogenen Sinne, sondern noch mehr um das Auseinanderdriften von kollektiver, sektorenspezifischer Marktmacht geht, die bisher weder von der Politik noch von den Institutionen des Arbeitsmarktes aufgehalten wird.

2.3.2 Der Trend zu mehr (Klein)Selbständigkeit

Dieses durch die Tertiärisierung bedingte Gefälle ist eng verbunden mit der Reorganisation von Arbeit in Richtung einer wachsenden Zahl von Kleinselbständigen in vielen Bereichen des Dienstleistungssektors. Die gewichteten Häufigkeiten der Kleinselbständigen nach der zweistelligen *Sektoren*klassifikation der *ISIC* (International Standard Industrial Classification) im sozio-ökonomischen Panel (SOEP) zeigen zwischen 1984 und 2008 starke Zuwächse im Bereich des Transportgewerbes (+404%), der Gesundheitsdienstleistungen (+369%), im Bereich der Bildung und des Sports (+336%), der „Service Industries“ (+322%) und der sonstigen Dienstleistungen (+197%). Bemerkenswert ist auch das Wachstum der Selbständigkeit im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+1895%), in dem sich das Outsourcing von Vertriebsdienstleistungen der Banken und Versicherungen zu Firmen wie *Deutsche Vermögensberatung*, *MLP* oder *TECIS* ausdrückt (auch wenn die *absoluten* Häufigkeiten dort (noch) nicht die hohen sechsstelligen Zahlen erreichen wie in anderen Dienstleistungsbereichen). Ein geringeres Wachstum findet sich in Restaurants, Gaststätten und Großhandel (+14%). Auffällig sind ferner Wachstum (+67%) und absolutes Niveau (ca. 450.000) der Kleinselbständigen, die keine genauere Angabe zur Sektorenzugehö-

rigkeit machen. Im Güter produzierenden Bereich findet sich demgegenüber abgesehen vom Baugewerbe (+87%) und dem Maschinenbau (+29%) ansonsten durchgängig ein Rückgang der Selbständigenzahlen.

Auch wenn die aus SOEP-Gewichten berechneten, absoluten Häufigkeiten deutlich weniger verlässlich sein dürften als vergleichbare Zahlen aus dem Mikrozensus, passen die Trends sehr gut zu den vorher diskutierten wirtschaftsstrukturellen Veränderungen. Werden die im SOEP gemessenen Häufigkeiten nach einzelnen Berufen (gemäß ISCO88) gegliedert, fallen LKW-Fahrer, Physiotherapeuten, DV-Fachkräfte, -bediener und -assistenten, Handelsvertreter, Vermittler gewerblicher Dienstleistungen, Fachkräfte im Bereich Recht und Verwaltung, Stenographen, Stenotypisten, Buchhalter im Rechnungswesen, Hauswirtschafter und verwandte Berufe, Kinderpfleger, Friseure, Hilfskräfte und Reinigungspersonal in Büros, Hausmeister, Maurer, Bausteinmetzen, Zimmerer, Bautischler, Fußboden- und Fliesenleger, Klempner, Bäcker und Bauhilfsarbeiter durch ein starkes Wachstum der Kleinselbständigkeit auf.

Die genannten Berufe fügen sich gut in die oben genannten Wirtschaftssektoren mit ihrem klaren Trend zu mehr Selbständigkeit ein. Auch bei der Berufsangabe findet sich darüber hinaus – wie schon bei der Sektorenangabe – eine hohe Häufigkeit des (Item-)Non-response, der sich erfahrungsgemäß überdurchschnittlich an den Rändern von Verteilungen (insbesondere der Einkommen) zeigt. In diesem Fall dürfte es sehr häufig um den *unteren* Rand der Verteilung gehen. Selbst wenn manche Evaluation von ICH-AG und Überbrückungsgeld ein recht positives Bild von den Einkommenschancen neuer Kleinselbständiger zeichnet (Caliendo et al. 2009), ist diesen stark wachsenden Gruppen bei der Analyse von Armut trotz Erwerbstätigkeit (als potentielles Versorgungsproblem im Alter) besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

2.3.3 Der mikrostrukturelle Wandel der privaten Haushalte

Mit der Spaltung des Dienstleistungssektors in mehr oder weniger produktive Sektoren und dem Wachstum der Kleinselbständigen ist allerdings erst die eine Hälfte neuer, in Zukunft auch in Deutschland möglicherweise zunehmender Versorgungsprobleme benannt. Die wichtigste, Einkommensarmut beeinflussende Änderung findet nämlich nicht in der Wirtschaft, sondern in den Familien und privaten Haushalten statt. Dort hat sich der oben diskutierte Abgrund zwischen gut und schlecht verdienenden Branchen näm-

lich *verdoppelt*. Heute heiratet die Diplom-Volkswirtin aus der Bank häufiger einen Diplom-Informatiker von SAP – ebenso wie die Einzelhandelskauffrau häufiger mit einem Pfleger lebt oder allein erziehend fast zwangsläufig unter die Armutsgrenze fällt. Nicht nur gleichen sich die Bildungsgrade der Partner an, sondern auch ihre Einkommen. Der Abstand von armen und reichen Haushalten wächst durch diese Schließung von Heiratskreisen allerdings dadurch weitaus schneller, insbesondere in Deutschland (Blossfeld/Timm 1997).

Wenn diese Erklärung sich durch weitere Forschung erhärten lässt, verweist sie auf ein zentrales **gesellschaftspolitisches Dilemma**: Einerseits kann den Käufern von Dienstleistungen nicht vorgeschrieben werden, für soziale Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Kochen, Putzen, Pflege etc. genau so viel bezahlen zu wollen wie für Business-Dienstleistungen von SAP & Co. Von genau diesen ungleichen Zahlungsbereitschaften dürften die Arbeitseinkommen der privaten Haushalte jedoch letztlich in steigendem Maße – so die Hypothese – abhängen. Andererseits kann Frauen und Männern nicht vorgeschrieben werden, wieder einen ausgeglichenen, „offenen“ Heiratsmarkt herzustellen, damit der Abstand zwischen günstigen und ungünstigen Bildungs- und Einkommensprofilen in privaten Haushalten wieder sinken möge. Im Gegenteil sprechen international vergleichende Forschungen eher für einen weiteren, zukünftigen Anstieg der Bildungshomogamie in Deutschland. Länder, in denen die Bildungsexpansion – vor allem der weiblichen Bevölkerung – historisch deutlich früher begann als in Deutschland – insbesondere die Vereinigten Staaten – weisen schon in älteren Heiratskohorten einen deutlich höheren Grad der Homogamie auf, der auf eine Tendenz zur Schließung sozialer Bildungskreise im Verlauf der Expansion verweist (Schwartz/Mare 2005). Deutschland ist bezüglich der Bildungsexpansion und der Tertiärisierung in der OECD eindeutig ein Nachzügler, und wenig spricht gegen die Annahme, dass der deutsche sozialstrukturelle Trend in dieselbe Richtung weist wie in den angelsächsischen Ländern.

Wenn es gelingen sollte, die systematische Variation von Armuts*raten* mit diesen zwangsläufig als *strukturell* anzusehenden Veränderungen zu belegen, ergäben sich gut begründete Argumente für die Annahme, dass die Armuts- und Versorgungsrisiken auch in Deutschland eher zunehmen werden.

2.4 Die Besonderheit der deutschen Situation

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen privater Haushalte in Bezug auf zukünftige Versorgungsrisiken spricht einen Zusammenhang zwischen Haushaltskontext und Arbeitsmarkt an, der aus mehreren Gründen in Deutschland schwierig zu fassen ist. Die Definition der Haushalte, die aus der Sicht der Rentenversicherung bzw. der Grundsicherung im Alter in Zukunft eine unzureichende Versorgung aufweisen könnten, droht entweder viel zu weit oder viel zu eng gefasst zu werden. Grund dafür ist die äußerst divergente Haushaltsökonomie in Ost- und Westdeutschland. Neben den bereits diskutierten Tendenzen zu mehr Homogamie, Kleinselbständigkeit und einer Polarisierung von Einkommenschancen zwischen Sektoren und Berufen gilt es deshalb, Unterschiede in der Einbindung privater Haushalte in den Arbeitsmarkt zwischen Ost- und Westdeutschland zu beachten.

Die nach wie vor markanten Unterschiede haben ihre Wurzeln in geschlechtsbezogenen Faktoren. Mit der deutschen Wiedervereinigung wurden zwei äußerst divergente Geschlechterregime zusammengeführt. In der komparativen Forschung gilt (West-)Deutschland in dieser Hinsicht gemeinhin als „konservatives“ Regime (Esping-Anderson 2000). Eine Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde über lange Jahre nicht gefördert, sondern im Gegenteil durch bis heute bestehende Regelungen deutlich entmutigt. Insbesondere das Ehegatten-Splitting stellt einen in der westlichen Welt weitgehend einzigartigen Anreiz für Ehefrauen dar, *nicht* erwerbstätig zu sein (Kenworthy 2008). Die Beschäftigungsraten der Frauen liegen in allen Altersgruppen nach wie vor deutlich unter den in skandinavischen und angelsächsischen Ländern erreichten Niveaus. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist erst in jüngster Zeit zu einem zentralen Politikziel avanciert. Auch wenn verlässliche Zeitreihen für die frühere DDR nicht verfügbar sind, ist zumindest die vorsichtige Aussage berechtigt, dass der ausgesprochene Geschlechter-Konservatismus der Bundesrepublik Deutschland für die frühere DDR nicht konstatiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund muss die nach der Bildungsexpansion auch in Westdeutschland im Zeitablauf deutlich gestiegene Erwerbstätigkeit der Frauen oft als ergänzende Einkommenserzielung im institutionellen Rahmen eines „male breadwinner“ Modells gesehen werden. Niedrige Arbeitseinkommen, die sowohl aus Teilzeit als auch unterdurchschnittlichen Stundenlöhnen resultier(t)en, waren und sind insofern oft nicht als

(Alters-)Versorgungsrisiko anzusehen – ganz im Gegenteil: jede/r zusätzliche (Teilzeit-)Verdiener/in reduziert – so auch die bisher entwickelten Annahmen – das Armutsrisiko eines privaten Haushalts in hohem Maße und damit auch das Versorgungsrisiko im Alter. Auch in dieser Hinsicht ist der internationale Vergleich instruktiv: Insbesondere in den Niederlanden wurden etwa Sozialversicherungsprobleme seit den 1990er Jahren durch die entschlossene Durchsetzung einer „1,5-Job-Ökonomie“ bekämpft (Visser 2002). Umgekehrt gilt es aber auch zu beachten, dass Bezieher geringer Erwerbseinkommen keinesfalls durchweg als bedürftig oder in ihrer Altersversorgung gefährdet betrachtet werden sollten, wenn ihr Haushaltskontext in die Betrachtung einbezogen wird.

Nach der Wiedervereinigung ist zwar das konservative deutsche Geschlechterregime in Bewegung geraten, so dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen wichtige politische Ziele geworden sind. Mit der nach wie vor divergierenden Entwicklung der Arbeitsmärkte in Ost und West – insbesondere bezüglich der Häufigkeit von Arbeitslosigkeit – hat sich die Relation zwischen Arbeitsmarkt und Haushaltskontext zwischen Ost und West gleichwohl merklich unterschiedlich entwickelt. Für Westdeutschland kann nach wie vor ein sich im Zeitablauf nur langsam modifizierendes Modell männlicher Vollzeiterwerbstätigkeit mit weiblicher Ergänzung in Teilzeit konstatiert werden. In Ostdeutschland müssen – so zeigen vorbereitende Auswertungen des SOEP (Nollmann 2009) – hingegen Teilzeitjobs oft die gesamte Versorgung eines privaten Haushalts bewerkstelligen, da der Arbeitsmarkt kaum eine größere Integration zu erlauben scheint. Deshalb haben niedrige Arbeitseinkommen auf Personen- und Haushaltsebene in Ost- und Westdeutschland jeweils recht unterschiedliche Implikationen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Korrelation zwischen Einkommensarmut auf Personenebene und Einkommensarmut auf Haushaltsebene im Westen Deutschland lediglich bei etwa 0,37 liegt, während sie im Osten mit einem Wert von über 0,97 auf einen strikten, kaum zu vermeidenden Zusammenhang verweist (Gießelmann/Lohmann 2008: 105).

Hier wiederholt sich das Problem, das schon die Gewährung von Zuschüssen zu Niedriglöhnen zu einem schwierigen Unterfangen macht („Kombilöhne“, etwa im „Hamburger Modell“, vgl. dazu Jirjahn et al. 2009). Dort, wo geringe Arbeitseinkommen nur eine willkommene Ergänzung zum gesamten Haushaltseinkommen darstellen, sollte – Stabi-

lität von Ehe/Partnerschaft und Arbeitsplatz vorausgesetzt – kein Sicherungsbedarf für die öffentliche Hand bestehen.

Selbst wenn die Grundsicherung im Alter (bisher) keine Bedarfsgemeinschaft im Haushaltskontext definiert, bleibt die Definition des Kreises von Personen bzw. Haushalten, deren Anwartschaften aufgrund von heute gemessenen Merkmalen als Risiko zu betrachten sein sollen, für Deutschland insgesamt daher schwierig. So würde etwa eine höhere Gewichtung niedriger Einkommen im Westen eine sehr große Gruppe begünstigen, die gar nicht versorgungsbedürftig ist, im Osten hingegen die Versorgungsrisiken vieler potentieller Problemfälle wohl reduzieren. Selbst wenn die damit aufgeworfenen Fragen letztlich auf politischen Entscheidungsbedarf verweisen, müssen angesichts begrenzter Umverteilungsspielräume diese Besonderheiten im Blick behalten werden. Eine denkbare Empfehlung könnte – sofern die vertiefende Forschungen diese Aussage unterstützen sollten – lauten, dass Veränderungen der Gewichtung von Beiträgen zum Aufbau von Rentenanwartschaften sich möglicherweise auf die *Haushalts*ebene beziehen sollten, so dass Niedrigeinkommen nur dann höher gewichtet werden, wenn sie *nicht* durch ein „normales“ Einkommen aus Vollzeiterwerbstätigkeit ergänzt werden. Versorgungsfragen können und sollten nur auf Haushaltsebene sinnvoll als Risiko betrachtet werden.

Für die weitere Forschung ist daraus die Konsequenz zu ziehen, Armutsgrenzen für Ost und West separat zu betrachten. Folglich sollten auch Einflüsse der zu betrachtenden Größen auf Armuts- und damit auch Versorgungsrisiken für beide Regionen Deutschlands getrennt betrachtet werden. Weitere Forschungsliteratur (Gießelmann/Lohmann 2008) und vorbereitende Analysen (Nollmann 2009) deuten daraufhin, dass diese Betrachtungsweise gerechtfertigt und notwendig ist. Eine zusätzliche, übergreifende Betrachtung Gesamtdeutschlands ist jederzeit ohne großen Mehraufwand möglich.

3. Ziele der weiteren Forschung

Die weiteren Ausführungen stellen eine Möglichkeit vertiefender Forschung dar, die auf den bisher geführten Diskussionen mit der Deutschen Rentenversicherung Bund beruht. Eine Anpassung an die Wünsche und Informationsbedürfnisse des Auftraggebers sind jederzeit in jeder Hinsicht möglich.

3.1 Ziele

Die folgenden Ziele weiterer, vertiefender Forschung sind sowohl inhaltlicher als auch methodischer Art. Die folgende Auflistung beginnt bei den inhaltlichen Zielen und geht sukzessive zu den damit verbundenen, methodischen Zielen über:

1. Erweiterung der Ursachenanalyse zu „working poor“ durch die Einbeziehung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und Theorien der Dienstleistungsgesellschaft
2. Herausarbeitung von unterschiedlichen Versorgungsrisiken auf Personen- und Haushaltsebene
3. Klärung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftsstrukturellem Wandel und geändertem Heiratsverhalten bzw. der Zusammensetzung privater Haushalte
4. Klärung der Frage, ob sich Armut im Zeitablauf in bestimmten Gruppen verfestigt (Längsschnittdatendesign)
5. Aufzeigen von theoretisch und empirisch begründeten Optionen zum gesellschaftspolitischen Umgang mit Armut trotz Erwerbstätigkeit als potentielles Versorgungsrisiko im Rentenalter
6. Herausarbeitung der zentralen Unterschiede der Versorgungsrisiken zwischen West und Ost
7. Verbindung von Daten aus dem SOEP-Haushaltspanel (Mikro- bzw. Individualdaten) mit (möglichst regionalen) Kontextvariablen (Makrodaten, Mehrebenenmodelle)
8. Methodenstudie zur Verwendung verschiedener Schätzverfahren in der Ereignisdatenanalyse bei wiederholten Ereignissen (multiple events)

3.2 Hypothesen

Die in der weiteren, vertiefenden Forschung zu prüfenden **Hypothesen** sind eng mit den oben genannten Zielen verbunden:

H1) Von wirtschaftsstruktureller Seite sind Armuts- und Versorgungsrisiken auf divergierende, sich im Zeitablauf immer weiter voneinander entfernende Wertschöpfungsfähigkeiten in sozialen Konsumentendienstleistungen einerseits und produktionsbezogenen Dienstleistungen andererseits zurückzuführen.

H2) Bezüglich des Wandels privater Haushalte sind Armutsrisiken auf die steigende Bildungs- und Einkommenshomogamie von Ehepartnern zurückzuführen.

H3) Der wirtschaftsstrukturelle Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und die soziale Schließung der Heiratsmärkte führen *gemeinsam* zu einer strukturellen Verfestigung von Armutsrisiken.

H4) Kleinselbständige sind von der Polarisierung von Einkommenschancen besonders betroffen, da ihre Erwerbsverläufe unterdurchschnittlich stabil sind und sie überproportional häufig in wenig produktiven Sektoren arbeiten.

H5) Die neuen Risiken können am stärksten auf der Ebene der bedarfsgewichteten Haushalts*brutto*einkommen nachgewiesen werden. Die benannten Risiken sind jedoch auch auf der Ebene der Haushalts*netto*einkommen signifikant.

Literatur

Alderson, Arthur S., François Nielsen 1999, Income Inequality, Development, and Dependence: A Reconsideration, *American Sociological Review* 64 (3): 606–631.

Alderson, Arthur S., François Nielsen. 2002. Globalization and the Great U-Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries, American Journal of Sociology 107 (5): 1244-1299.

Andersen, Per Krah, R. D. Gill 1982, Cox's Regression Model for Count Processes: A Large Sample Survey, in: The Annals of Statistics 10, 4, 1100-1120.

Andreß, Hans-Jürgen et al. 1999, Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Andreß, Hans-Jürgen, Henning Lohmann (Hrsg.) 2008, The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalization, Cheltenham u.a.: Edward Elgar.
Andreß, Hans-Jürgen, Till Seeck 2007, Ist das Normalarbeitsverhältnis noch armutsvermeidend?, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59, 459-492.
Atkinson, Anthony B., Andrea Brandolini. 2004. The Panel-of-Countries Approach to Explaining Income Inequality. An Interdisciplinary Research Agenda. Working Paper. Mannheim: Universität Mannheim.
Bell, Daniel. 1973. The Coming of Post-Industrial Society. Harmondsworth: Penguin.
Blossfeld, Hans-Peter, Götz Rohwer 1995, Techniques of Event History Modelling, Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
Box-Steffensmeier, Janet M., Christopher Zorn 2002, Duration Models for Repeated Events, in: The Journal of Politics 64, 4, 1069-1094.
Box-Steffensmeier, Janet M., Suzanna De Boef 2006, Repeated event survival models: The conditional frailty model, in: Statistics in Medicine 25, 20, 3518-3533.
Buhr, Petra 1995, Dynamik von Armut, Opladen: Westdeutscher Verlag.
Caliendo, Marco, Steffen Künn, Frank Wießner 2009, Ich-AG und Überbrückungsgeld. Erfolgsgeschichte mit zu frühem Ende, IAB-Kurzbericht 3/2009.
Castells, Manuel 2000, The Rise of the Network Society, 2. Aufl., Oxford: Blackwell.
Cox, D. R., E. J. Snell 1968, A General Definition of Residuals (with discussion), in: Journal of the Royal Statistical Society B, 30, 1067-1076.
Engel, Uwe, Einführung in die Mehrebenenanalyse, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998.
Esping-Andersen, Gøsta 2000, Interview on Postindustrialism and the Future of the Welfare State, *Work Employment Society* 14: 757-769
Gießelmann, Marco, Henning Lohmann 2008, The different role of low-wage work in Germany: regional, demographical and temporal variances in the poverty risk of low-paid workers, in: Jürgen Andreß, Henning Lohmann (Hrsg.), The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalization, Cheltenham: Edward Elgar, S. 96-123.
Groh-Samberg, Olaf 2004, Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, 4, 653-682.

Harrison, Bennett, Barry Bluestone. 1988. The Great U-Turn: Corporate Restructuring and the Polarizing of America. New York: Basic Books.

Jenkins, Stephen, John A. Rigg (unter Mitarbeit von Francesco Devicienti) 2001, The dynamics of poverty in Britain. Department for Work and Pensions Research Report Nr. 157, Essex: Institute for Social and Economic Research (ISER).

Jirjahn, Uwe; Pfeifer, Christian; Tsertsvadze, Georgi (2009): Mikroökonomische Beschäftigungseffekte des Hamburger Modells zur Beschäftigungsförderung. Evaluation eines Kombilohns, Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 129, 1, S. 37-82.

Kenworthy, Lane 2008, Jobs with Equality, New York: Russel Sage.

Kenworthy, Lane. 2004. Egalitarian capitalism: Jobs, incomes, and growth in affluent countries. New York: Russell Sage Foundation.

Kenworthy, Lane, Jonas Pontusson 2005, Rising Inequality and the Politics of Redistribution in Affluent Countries, Perspectives on Politics 449-471

Kuznets, Simon 1955, Economic Growth and Income Inequality, in: American Economic Review 45, S. 1-28.

Leisering, Lutz, Leibfried, Stephan 1999, Time and Poverty in Western Welfare States. United Germany in Perspective, Cambridge: University Press.

Liang, Kung-Yee, Scott L. Zeger 1986, Longitudinal data analysis using generalized linear models, Biometrika 73, 1, 13-22.

LIS 2010, Luxembourg Income Study Key Figures, **www.lisproject.org**, eingesehen am 28.5.2010.

Lohmann, Henning 2007, Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie, Wiesbaden: VS.

Loose, Brigitte, Reinhold Thiede 2006, Alterssicherung: Auch in Zukunft armutsfest? Optionen in der Armutsprävention in der Alterssicherung, in: RVaktuell 12, 479-488.

Ludwig-Mayerhofer**,** Wolfgang, Eva Barlösius 2001, Die Armut der Gesellschaft, in: dies. (Hrsg.), Die Armut der Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 11-68.

Mahler, Vincent A., David K. Jesuit 2006, Fiscal Redistribution in the Developed Countries: New Insights from the Luxembourg Income Study, *Socio-Economic Review* 4.

Nollmann, Gerd 2006, Erhöht Globalisierung die Einkommensungleichheit? Determinanten von Einkommensverteilungen in 16 OECD-Ländern 1967-2000, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4, 638-659.
Nollmann, Gerd 2009, Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1.
Prentice, R. L., B. J. Williams, A. V. Peterson 1981, On the Regression Analysis of Multivariate Failure Time Data, in: Biometrika 68, 2, 373-379.
Schwartz, Christine R., Mare, Robert D. 2005, Trends in Educational Assortative Marriage From 1940 to 2003, in: Demography 42, 4, S. 621-646
Sopp, Peter M. 2005, Abspaltung oder Polarisierung? Einkommensungleichheit und Einkommensmobilität in Deutschland 1984-2000, Berlin: Sigma.
Szydlik, Marc, Jürgen Schupp, Wer erbt mehr? in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2004.
Visser, Jelle. 2002. The First Part-Time Economy in the World: A Model To Be Followed? Journal of European Social Policy 12 (1): 23-42.
Wei, L. J., D. Y. Lin, L. Weissfeld 1989, Regression Analysis of Multivariate Incomplete Failure Time Data by Modelling Marginal Distributions, in: Journal of the American Statistical Association 84 (408), 1065-1073.
Western, Bruce, Deidre Bloom, Christine Percheski 2008, Inequality among American Families with Children, 1975 to 2005, American Sociological Review 73, 903-20.